


SPEZIAL-
AUSGABE

PROD.	Jahresbericht	
SCENE	2018	TAKE 50
DIRECTOR	Public Eye	
DATE	Februar 2019	DAY NITE INT. EXT.

Public Eye

 Erklärung von Bern

Inhalt

- 5 **Gesundheit**
- 8 **Pestizide**
- 13 **Rohstoffe**
- 17 **Agrarrohstoffe**
- 18 **Handelspolitik**
- 20 **Investigation Award**
- 22 **Clean Clothes Campaign**
- 26 **Konzernverantwortungsinitiative**
- 28 **Schulbesuche**
- 30 **Freiwillige**
- 34 **Führungsstruktur und -gremium**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2018**
- 51 **Zu Public Eye**



Pierrette Rohrbach, Präsidentin

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe
«Jahresbericht 2018», Nr 16 Februar 2019
—
REDAKTION Roman Bolliger und Raphaël
de Riedmatten

GRAFIK Karin Hutter
FOTOGRAFIE Marion Nitsch (*siehe Seite 39*)
DRUCK Vogt-Schild Druck AG, Cyclus Print
& Leipa, FSC | AUFLAGE D: 24 200 Ex./F: 8700 Ex.
ISSN 2504-1266

KONTAKT Public Eye, Diererstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch | publiceye.ch
POSTKONTO 80-8885-4

EIN NEUER ELAN

Wir befinden uns in einer Ära des zivilgesellschaftlichen Engagements. Mit der Unterstützung einer breiten Koalition von NGOs konnten Aktivistinnen und Aktivisten von Public Eye einen ersten Sieg für Unternehmensverantwortung erringen: Den Rebellen gelang es, die bösen Absichten skrupelloser Unternehmen zu enthüllen. Von einer Armee finsterner Lobbyisten verfolgt, kämpfen die Rebellen weiterhin dafür, dass Schweizer Unternehmen die Menschenrechte weltweit respektieren...

Mit einem Augenzwinkern spielen wir in diesem Jahresbericht auf einige berühmte Epen der Kinogeschichte an. Auf diesem Weg würdigen wir die Kampfbereitschaft von allen, die die verschiedenen Episoden unserer Arbeit seit der Lancierung der Erklärung von Bern geprägt haben.

Zum Abschluss unseres Jubiläumsjahrs bedanken wir uns so herzlich bei allen Menschen, die sich seit über 50 Jahren gemeinsam mit uns hier in der Schweiz engagieren. Und dank Ihrer wertvollen Unterstützung können wir uns auch in diesem Jahr mit vollem Elan für eine gerechtere Welt einsetzen.

Pierrette Rohrbach, Präsidentin



T H E
PHAROS MATRIX

STARRING Floriane Fischer, Patrick Durisch,
Géraldine Viret, Alessandra Silauri

Patientinnen und Patienten statt Patente schützen

Eingeschränkter Zugang zu Medikamenten, von dem lange nur Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen waren, ist zunehmend auch in der reichen Schweiz Realität. Unsere Kampagne «für bezahlbare Medikamente» forderte, dass der Bundesrat gegen die exorbitanten Preise patentierter Arzneimittel vorgeht – mittels eines effizienten und anerkannten Instruments: der Zwangslizenz.

Laut der WHO bleibt weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten verwehrt. Diese Verletzung des Rechts auf Gesundheit ist in den Ländern des globalen Südens besonders gravierend – und absolut skandalös, wenn man bedenkt, dass dahinter eine Pharmaindustrie steht, deren Gewinnmargen von über 20 Prozent nicht nur unfair, sondern auch branchenübergreifend unangefochten sind. Mit unserer Kampagne «für bezahlbare Medikamente» haben wir einen neuen Aspekt in den Fokus gerückt: Heute ist auch die Schweiz, eines der reichsten Länder weltweit, von diesem Problem betroffen. Davon zeugen die – inzwischen aufgehobene – Rationierung

von neuen Therapien zur Behandlung von Hepatitis C, aber auch die vielen Einschränkungen bei der Vergütung neuer Krebsmedikamente, die in der Schweiz regelmässige Kosten von über 100 000 Franken pro Person und Jahr verursachen.

Ein Mittel existiert: die Zwangslizenz

Die Preiskontrollen in ihrer jetzigen Form sind nicht in der Lage, die Explosion der Medikamentenpreise aufzuhalten. Zumal die Behörden nach eigenem Bekunden nicht einmal die tatsächlichen Kosten für die Forschung und Entwicklung der Medikamente kennen, für die sie einen wirtschaftlich und sozial gerechten Preis festlegen

sollen. Doch es gibt andere Lösungen: Es braucht mehr Transparenz und Massnahmen, die das Kräfteverhältnis zwischen den machtlosen Regulierungsbehörden und den allmächtigen Pharmakonzernen wieder ins Gleichgewicht bringen. Das Problem muss an der Wurzel gepackt werden, also bei den Patenten, die den Unternehmen bei der Preissetzung übermässig grosse Macht verleihen. Hier kommt die Zwangslizenz ins Spiel, die sowohl im internationalen als auch im Schweizer Recht anerkannt ist. Sie ermöglicht dem Bundesrat, auf einem Monopolmarkt gezielt einzugreifen, wenn das öffentliche Interesse auf dem Spiel steht – in diesem Fall der Zugang zu Medikamenten und der Fortbestand der solidarischen Grundversicherung.

Ein starkes politisches Signal

Eine Zwangslizenz ermöglicht die Vermarktung von preisgünstigeren Generika, wenn der Preis eines patentierten Arzneimittels als missbräuchlich eingeschätzt wird. Sie ist im schweizerischen Recht anerkannt (ein erster Schritt), wurde aber hierzulande noch nie genutzt. Unsere Politik sträubt sich, davon Gebrauch zu machen und den überrissenen Medikamentenpreisen entgegenzuwirken – aus Angst, den Basler Pharmafirmen zu missfallen. Dabei wäre die Anwendung einer solchen Lizenz durch

die Schweiz ein starkes politisches Signal – an die Pharmaindustrie, aber auch an Entwicklungs- und Schwellenländer, die den Schritt aus Angst vor starkem diplomatischem Druck bisher nicht wagten.

Kranke Preise

Solange der Bundesrat sich nur zu ineffizienten Massnahmen durchringen kann, die bloss zu geringfügigen Einsparungen bei den Medikamentenpreisen führen, wird sich die Lage weiter verschlechtern. Dies zeigt die kürzlich erfolgte Zulassung von Kymriah, einem Novartis-Medikament gegen Leukämie, dessen Einführungspreis bei 370 000 Franken pro Spritze liegen soll (die Verhandlungen laufen). Ein weiteres Beispiel ist ein Arzneimittel derselben Firma gegen eine seltene Krankheit, die bei Kindern Muskelschwund verursacht (provisorischer Name: AVXS-101). Bald soll es auf dem US-amerikanischen und europäischen Markt erhältlich sein – für sage und schreibe 4 Millionen Franken pro Injektion. Vergangene Erfahrungen zeigen, dass die Schweizer Behörden keine andere Wahl haben werden, als solche Medikamente zu rationieren oder ihre Vergütung durch die Grundversicherung stark einzuschränken. Und Entwicklungsländer werden die Medikamente gar nicht erst zu Gesicht bekommen, auch nicht zu einem reduzierten Tarif.

Öffentliche Gesundheit vor Profit

Der Bundesrat muss endlich politischen Willen zeigen und das Recht auf Gesundheit über die Interessen der Pharmaindustrie stellen. Dies fordern die über 33 000 Personen, die im letzten Sommer unsere Sammelbeschwer-

de an den Bundesrat unterschrieben haben und von ihm verlangen, die Preisspirale zu bremsen, – ein Alarmruf, der auch bei zahlreichen Expertinnen und Experten im In- und Ausland Unterstützung findet.

Ausblick

- ▶ 2019 werden wir den Druck erhöhen und den Bundesrat dazu auffordern, im Fall von Roches Brustkrebsmedikament Perjeta von einer «Lizenz für öffentliche, nicht kommerzielle Zwecke» Gebrauch zu machen.
- ▶ Perjeta ist viel zu teuer, wie ein Blick auf seinen Vermarktungsverlauf in der Schweiz zeigt. Mit einer Zwangslizenz würde der von Roche beherrschte Markt für Brustkrebsmittel geöffnet, was zu einem spürbaren Preisrückgang führen würde, ohne den guten Geschäftsgang des Basler Riesen erheblich zu beeinträchtigen.
- ▶ Unser Dossier wird eine Gesuchsvorlage enthalten, die dem Bundesrat als Anregung dienen kann – nicht nur im Fall

von Perjeta, sondern auch bei anderen Arzneimitteln, deren Preise so überzogen sind, dass sie drohen, rationiert zu werden. Eine rechtliche Analyse soll ausserdem die letzten (falschen) Vorwände aus dem Weg räumen, welche die Schweiz daran hindern, dieses Instrument zu nutzen.

- ▶ 2019 wird Public Eye auch die Ergebnisse veröffentlichen, die eine neue Untersuchung in fünf Schwellenländern zutage gebracht hat, in denen Roche und Novartis klinische Versuche durchgeführt haben. Ziel der Recherche war es, ausfindig zu machen, ob die vor Ort getesteten Medikamente auch wirklich zugelassen und der lokalen Bevölkerung zugänglich gemacht worden sind.

Schweizer Pestizide vergiften indische Bauern in Yavatmal

Unsere jüngste Reportage brachte eine skandalöse und doch vollkommen legale Praxis ans Tageslicht: Syngenta exportiert Pestizide in arme Länder, die in der Schweiz aufgrund ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit längst verboten sind. Wir reisten nach Indien, wo 2017 Hunderte von Bauern vergiftet wurden.

Im Distrikt Yavatmal wurden zwischen Juli und Oktober 2017 Hunderte von Bauern vergiftet, als sie auf Baumwollfeldern Pestizide ausbrachten. Die Berichte sind erschütternd: Viele der Landarbeiter verloren das Bewusstsein, mehr als zwanzig von ihnen starben qualvoll. Die Überlebenden leiden oftmals unter schweren gesundheitlichen Folgen.

«Polo», ein hochgefährliches Insektizid

Zu den Produkten, welche die indischen Bauern ausbrachten, gehört Polo, ein Insektizid des Basler Agrochemie-multis Syngenta. Der aktive Wirkstoff des Produkts, Diafenthiuron, ist eines jener 40 Syngenta-Pestizide, die das internationale *Pesticides Action Network* als «hoch-

gefährlich» einstuft. Gemäss der Europäischen Agentur für chemische Stoffe ist Diafenthiuron «giftig, wenn es eingeatmet wird» und kann bei «längerer oder wiederholter Exposition Organschäden bewirken».

Unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz konnten wir Dokumente einsehen, die zeigen, dass Syngenta das Pestizid in Monthey/VS produziert und von dort in Länder des Südens exportiert, obwohl das Produkt in der Schweiz wegen seiner Gefährlichkeit für Gesundheit und Umwelt seit 2009 verboten ist. Die Dokumente belegen, dass 2017 125 Tonnen Diafenthiuron aus der Schweiz ausgeführt wurden, davon 75 Tonnen nach Indien. Mit dramatischen Folgen für die Landarbeiter vor Ort.

WHO YA GONNA CALL?



PESTICIDE BUSTERS

STARRING Carla Hoinkes, Laurent Gaberell,
Baptiste Corthay, Christa Luginbühl



Syngenta sieht «andere Gründe»

In Indien begann sich nach der Vergiftungswelle bald der Staat für Syngenta zu interessieren. Im Oktober 2017 gab der Agrarminister des Staats Maharashtra bekannt, wegen des Pestizids Polo Ermittlungen gegen Syngenta aufzunehmen – wegen Totschlags. Bis heute wurde nicht bekannt, ob dies tatsächlich geschehen ist und was allenfalls aus dem Verfahren wurde. Syngenta bekundete im letzten Oktober gegenüber indischen Medien «tiefe Besorgnis» über die Vergiftungen, stellte aber auch gleich klar, dass ihr Insektizid für diese nicht verantwortlich sei.

Doch unter den mehreren Dutzend Männern, die uns von gesundheitlichen Folgen nach dem Gebrauch von Polo berichteten, gibt es auch andere, eindeutige Fälle. Solche, die eher Aufschluss geben über die Frage, ob das Produkt tatsächlich so harmlos ist, wie Syngenta beteuert. Fälle wie jenen des 40 Jahre alten Bauern und Landarbeiters Hiroman Soyam. Auch er landete im September im Spital, nachdem er in einem Baumwollfeld gesprayed hatte. Aber er habe kein Gemisch verschiedener Substanzen versprüht, beteuert er. In seinen Kanister habe er ein einziges Pestizid geleert, angerührt mit Wasser: Polo.

Doppelmoral

Ein medizinisches Gegengift gegen Diafenthiuron gibt es zwar nicht, wohl aber zwei politische Mittel, die in der Schweiz präventiv eingesetzt werden könnten, um weitere durch hochgefährliche Syngenta-Pestizide verursachte Dramen zu verhindern. Die Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (GP) fordert in einer Motion, die Schweiz müsse «dieser Doppelmoral ein Ende setzen» und die Ausfuhr von Pestiziden verbieten, «deren Verwendung in der Schweiz wegen ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen oder auf die Umwelt verboten ist». Der von 41 Parlamentsmitgliedern aller politischen Lager unterschriebene Vorstoss soll im Laufe des Jahres im Rat behandelt werden. Der Bundesrat stellt sich zurzeit taub. Er ist der Meinung, dass ein solches Verbot die Wirtschaftsfreiheit auf eine Art und Weise einschränken würde, die «nicht verhältnismässig» sei.

Verletzung der Menschenrechte

Dabei hielten UN-Expertinnen und -Experten in einem Bericht des Menschenrechtsrats erst vor Kurzem fest, dass es eine «klare Verletzung der Menschenrechte» darstellt, wenn man Bevölkerungen anderer Länder Giftstoffen aussetzt, die «nachweislich schwerwiegende Gesundheitsprobleme oder gar den Tod» herbeiführen können.

Sie fordern ein Ende der Doppelmoral, die sich auf Länder mit «schwächeren Regulierungssystemen besonders nachteilig auswirkt».

Ein weiteres Mittel, um Verletzungen und Todesfälle wie jene in Yavatmal künftig zu verhindern, ist die Konzernverantwortungsinitiative. Sie sieht für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz eine verbindliche Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt vor. Syngenta müsste demnach die mit ihren Pestiziden verbundenen Risiken identifizieren und geeignete Gegenmassnahmen ergreifen.

In Bezug auf die Situation in Yavatmal könnte eine seriöse Analyse nur zum Schluss kommen, dass hochgefährliche Pestizide wie Polo unter den dort herrschenden Bedingungen nicht sicher verwendet werden können. Wie unsere Reportage zeigt, haben die in ärmsten Verhältnissen lebenden Bauern keinen Zugang zu Schutzausrüstung und sind häufig kaum über die Gefährlichkeit der Pestizide informiert. Die freiwilligen Verpflichtungen der Industrie vermögen die Anwender offensichtlich nicht zu schützen, weshalb der Verkauf von hochgefährlichen Pestiziden eingestellt werden müsste.

► **Recherche online nachlesen:** giftexporte.publiceye.ch

Ausblick

- 2019 werden wir eine grosse Kampagne lancieren, die sich auf die Ergebnisse einer langjährigen Recherche über hochgefährliche Syngenta-Pestizide und deren Auswirkungen in den Ländern des Südens stützt.
- Eine weitere Priorität ist die Weiterführung unseres Kampfs gegen Patente auf Saatgut. Hier steht eine wichtige Anhörung zu einem Syngenta-Patent auf Peperoni an, gegen das Public Eye als Teil einer breiten Koalition von NGOs Einspruch erhoben hatte.
- Wir wollen eine Studie veröffentlichen, welche die Mängel des Systems für geistige Eigentumsrechte auf Saatgut in Westafrika darlegt.
- Wir werden die Guarani weiterhin bei der Ausarbeitung eines Gemeinschaftsprotokolls unterstützen, das ihnen ermöglichen sollte, ihre Rechte an Stevia geltend zu machen.



STARRING Roman Bolliger, Sasha Roderer,
Melanie Nobs, Camille Chappuis

Trotz Skandalen: Bundesrat bleibt untätig

Schlag auf Schlag folgten die Korruptionsaffären um Gunvor, Glencore, Trafigura und Vitol aufeinander. Trotz der gegenwärtigen Aufmerksamkeit, die der Schweizer Rohstoffsektor von Medien und Justiz erhält, bleiben die Bundesbehörden tatenlos.

Im Oktober 2012 griff der ehemalige Bundesrat Johann Schneider-Amann zur Mistgabel, um seine Absichten im Rohstoffsektor darzulegen: «Ich will Ordnung im Stall.» Nun, sechs Jahre später und zum Zeitpunkt seines Rücktritts, muss festgestellt werden, dass er seine Herde nicht im Griff hatte. Er hat es versäumt, die Schweizer Unternehmen, welche die Rohstoffe der Welt plündern, zu zügeln. Hat er es überhaupt versucht? Zweifel sind angebracht. Nur schon, weil schlicht kein politisches Signal der Bundesregierung den Seelenfrieden der Rohstoffhändler gestört hat.

Ganz anders ausländische Behörden: Sie lancierten gerichtliche Untersuchungen von Korruptionsfällen, in die Schweizer Unternehmen involviert sind. So verklagte Venezuelas staatliche Ölgesellschaft im März die Schweizer Rohstoffhändler Glencore, Trafigura und Vitol in den USA und in Genf, weil die Konzerne mit korrup-

ten Mittelsmännern zusammengearbeitet hatten, um an vorteilhafte Verträge zu kommen. Das Staatsunternehmen wurde so um 5,2 Milliarden Dollar erleichtert. Im Juli verlangte die US-Justiz im Rahmen einer Untersuchung wegen Verdacht auf Korruption von Glencore Unterlagen über die Aktivitäten der Firma in Nigeria, der Demokratischen Republik Kongo und Venezuela.

Ex-Angestellter von Gunvor wird verurteilt

Ende August wurde ein ehemaliger Gunvor-Mitarbeiter in der Schweiz wegen Geschäften in der Elfenbeinküste und der Republik Kongo verurteilt. Gegen Gunvor selbst wird in der gleichen Angelegenheit immer noch wegen Organisationsmängeln ermittelt. Im Urteil gegen den Ex-Mitarbeiter hiess es, der ehemalige Angestellte «bewegte sich in einem Arbeitsklima, in dem Korruption offenbar eine akzeptierte Geschäftspraktik gewesen zu sein scheint».

Dubiose Deals von Vitol

Auch im Herbst ist einiges gegangen. Im November veröffentlichte Public Eye eine exklusive Recherche, die zeigte, wie sich Vitol zur Erdölkönigin Kasachstans mauserte: Die Genfer Firma ging eine Partnerschaft mit dem Schwiegersohn des Präsidenten Nursultan Nasarbajew nahestehenden Personen ein, wobei auch der Präsident indirekt vom Geschäft mit mehreren Millionen Barrel Öl profitierte.

Unser Verdacht bestätigt sich

Ebenfalls im November enthüllten wir, dass Glencore, Trafigura und Vitol – schon wieder! – in Brasilien korruptionsverdächtige Mittelsmänner bezahlt hatten, teils direkt, teils indirekt. Drei Wochen später bestätigte die brasilianische Justiz unsere Untersuchung in allen Punkten. Sie eröffnete ein Strafverfahren wegen Korruption gegen die drei Konzerne, die mit der halbstaatlichen Erdölgesellschaft Petrobras Verträge für Ölgeschäfte in der Höhe von mindestens 20 Milliarden Dollar abgeschlossen hatten. Die weit um sich greifende Affäre hat auch die Schweizer Justiz mobilisiert: In über 100 Strafverfahren werden 43 Banken untersucht, über die Korruptionsgelder von Petrobras-Managern, brasilianischen Politikern und von als «Geldwäscherei-Profis» bezeichneten Mittelsmännern flossen.

Zurechtweisung der OECD

Wegen der wichtigen Rolle ihres Finanz- und Rohstoffplatzes in der transnationalen Korruption wurde die Schweiz von der OECD zurechtgewiesen. In ihrer Bewertung des Schweizer Dispositivs zur Korruptionsbekämpfung betonte die multilaterale Institution im März, dass die strafrechtlichen Sanktionen nicht «wirksam, verhältnismässig und abschreckend» genug seien. Insbesondere fordert sie die Schweiz dazu auf, den Rohstoffhandel einer «angemessenen und verbindlichen Regulierung» zu unterziehen.

Politische Farce

Der Bundesrat seinerseits ignoriert weiterhin die Risiken, die mit den Aktivitäten des Sektors einhergehen. Im November – fünf Jahre nach seinem «Grundlagenbericht Rohstoffe» – veröffentlichte er einen Bericht über die in den letzten fünf Jahren in Bezug auf den Rohstoffsektor unternommenen Anstrengungen. Die Bilanz ist extrem mager und besteht vor allem aus Alibibestimmungen und ineffizienten freiwilligen Massnahmen. Bezüglich Korruptionsbekämpfung verweisen die Behörden zufrieden darauf, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft eine – aufgepasst! – Sensibilisierungsbroschüre für Unternehmen aktualisiert hat.

Selbst die viel gepriesene und einzige gesetzliche Massnahme zur Korruptionsbekämpfung, die Offenlegung der Zahlungen von Rohstofffirmen an die Regierungen der Förderländer, ist eine reine politische Farce. Denn gemäss Bundesrat sollen die neuen Transparenzregeln nur für in der Rohstoffförderung tätige Unternehmen gelten – dies obwohl die überwältigende Mehrheit der Schweizer Firmen im Rohstoffhandel aktiv ist. Die Alibivorlage würde demnach nur gerade vier von 544 Schweizer Unternehmen betreffen. Die Milliarden, die beim Handel mit Rohstoffen – insbesondere Erdöl – an staatliche Stellen von Ländern mit endemischer Korruption fliessen, bleiben weiter im Dunkeln. Und damit anfällig für Korruption und Veruntreuung. So wird die Schweiz definitiv nicht dazu beitragen, den Rohstofffluch in den Herkunftsländern endlich zu beenden. Aber wir bleiben dran.

► **Recherche «Vitol – die Erdölkönigin Kasachstans» online nachlesen:** stories.publiceye.ch/vitolinkasachstan

Ausblick

Verstärkung und Herausforderungen

- Ab Jahresbeginn wird unser Rohstoff-Team durch zwei neue Mitarbeitende verstärkt: Anne Fishman, reich an Erfahrungen im Audit- und Bankenwesen sowie bei der britischen Finanzmarktaufsicht, wird ihre fundierten Geldwäschereikennnisse einbringen. David Mühlemann ist Jurist und hat sich in Basel an der Seite des weltweit renommierten Experten und Professors Mark Pieth auf Korruption spezialisiert.
- Mithilfe unseres Know-hows in den Bereichen Recherche, Analyse und Lobbying werden wir den Druck weiter erhöhen, damit die Schweizer Behörden endlich das Ausmass der Risiken anerkennen, die mit den Tätigkeiten der Rohstoffhändler verbunden sind.
- Zu unseren Prioritäten zählt ein im März 2018 vom Ständerat angenommenes Postulat der Parlamentarierin Anne Seydoux-Christe. Es fordert den Bundesrat auf, zu prüfen, ob die Bankenaufsicht reicht, um die Gefahren der Geldwäscherei im Rohstoffsektor einzudämmen. Der dem Postulat zugrunde liegende Fall von Gunvor im Kongo hat gezeigt, dass die involvierten Banken nicht oder – eine davon – zu spät reagiert haben. Die Stellungnahme der Behörden wird im Jahr 2020 erwartet.

Der Pate vom Zugersee

STARRING Alice Kohli, Sibylle Müller, Marc Guéniat,
Raphaël de Riedmatten, Nicole Aeberhard

Die Schweiz und die Agrarrohstoffe

Die Schweiz ist nicht nur führend in der Herstellung von Schokolade, sondern auch im Handel mit Kakaobohnen. Doch hat unser Land seine Finger auch bei anderen Agrarrohstoffen im Spiel?

Im letzten Jahr wollten wir wissen, welche Rolle Schweizer Akteure in der Produktion, dem Handel und der Verarbeitung der global wichtigsten Agrarrohstoffe wie Zuckerrohr, Palmöl oder Mais einnimmt. Wir haben die negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt im Anbau dieser Produkte untersucht und recherchiert, wo Schweizer Unternehmen mitmischen und welche Verantwortung ihnen dabei zukommt. So ergab sich ein systematisches Bild des globalen Agro-Food-Sektors, der Rolle der Schweiz darin sowie der schwerwiegendsten Probleme. Und davon gibt es leider zuhauf.

Gravierende Menschenrechtsverletzungen

Für viele Länder des globalen Südens ist der Landwirtschaftssektor eine wichtige Beschäftigungs- und Einkommensquelle. Ein «Happy End» für die Kleinbäuerinnen

und Lohnarbeitenden bleibt jedoch meist aus. Die Bedingungen, unter denen Kakaobohnen, Bananen oder Palmöl angebaut werden, verletzen oft grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte und haben gravierende Auswirkungen auf die Umwelt. Diesen globalen Ungerechtigkeiten gehen wir künftig auf den Grund und zeigen auf, wo die Fäden in der Schweiz zusammenlaufen.

Ausblick

Seit längerem arbeiten wir zu Menschenrechtsverletzungen im Anbau von Agrarrohstoffen wie Kakao, Kaffee oder Soja. Neu beleuchten wir die Rolle der Schweiz im globalen Agrarrohstoffhandel. Wir zeigen auf, wie Schweizer Unternehmen auf dem Rücken von Kleinbauern und Landarbeiterinnen Profite machen. Und was geschehen muss, damit die Menschenrechte der Arbeiterinnen und Arbeiter endlich respektiert werden. Ab 2019 dürfen Sie gespannt sein auf diverse Aktivitäten in diesem Bereich.

Handelspolitik im Zeichen von Palmöl

Public Eye und seine Partnerorganisationen haben sich auch 2018 gegen einen grenzenlosen Palmölhandel eingesetzt und bei den Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien mächtig Druck gemacht.

Im vergangenen Jahr schaffte es die Handelspolitik wiederholt in die internationalen Schlagzeilen. Jedoch nicht etwa, weil die schon seit 17 Jahren vor sich hin dümpelnden Verhandlungen der WTO-Entwicklungsrunde abgeschlossen worden wären und die reichen Länder ihre dort abgegebenen Versprechen gegenüber dem globalen Süden endlich eingelöst hätten. Der Grund für die mediale Aufmerksamkeit war vielmehr der von US-Präsident Trump angezettelte Handelskrieg mit China. Mit seinen Strafzöllen auf Stahl und Aluminium sowie seinen permanenten Attacken gegen die Welthandelsorganisation hat er das multilaterale Handelssystem in eine veritable Krise gestürzt. Auch die Verhandlungen zu den sogenannten Mega-Deals sind aufgrund von Trumps handelspolitischem Alleingang weiterhin blockiert. Dies gilt insbesondere für das transatlantische Abkommen TTIP und das Dienstleistungsabkommen TISA.

Malaysia und Indonesien im Fokus

Entsprechend konzentrierte sich die handelspolitische Arbeit von Public Eye auf die bilateralen Freihandelsabkommen (FHA) mit Malaysia und Indonesien. Anfangs Jahr haben wir Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und die indonesische Regierung in einem offenen Brief aufgefordert, auf eine Zollbefreiung von Palmöl in den laufenden Verhandlungen zu verzichten. Denn der grossflächige Palmölanbau in Indonesien und der Handel des günstigen Pflanzenfetts führen zu massiven Umweltschäden sowie zu Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen.

Forderung nach Ausschluss von Palmöl

Seit Jahren fordert die Palmöl-Koalition, in der sich Public Eye an vorderster Front engagiert, den Ausschluss von Palmöl aus den FHA-Verhandlungen. Im Vorfeld der parlamentarischen Debatte zu einem gleichlautenden

Vorstoss haben wir die VolksvertreterInnen mit umfangreichem Hintergrundmaterial und Argumenten versorgt, mit ihnen intensive Gespräche geführt und öffentliche Veranstaltungen organisiert. Für die Sitzung im Ständerat, an der abschliessend über den Vorstoss zum Ausschluss von Palmöl entschieden wurde, hat die Palmöl-Koalition den Druck nochmals erhöht: Mit Aktionen auf dem Bundesplatz, persönlicher Überreichung der Petitionsunterschriften (inklusive einem Glas palmölfreiem «Nuttella») an die Mitglieder des Ständerats und in Einzelgesprächen konnten wir wichtige Überzeugungsarbeit leisten. Die entscheidende Abstimmung endete mit einem Patt von 20 zu 20 Stimmen. Nur der Stichentscheid der Ständeratspräsidentin gegen den Vorstoss verhinderte schliesslich eine kleine Sensation.

Klare Botschaft an den Bundesrat

Auch wenn wir mit unserer Forderung nach Ausschluss von Palmöl nicht vollumfänglich durchgedrungen sind, haben wir erreicht, dass Indonesien im Rahmen des Freihandelsabkommens nur eine bescheidene Zollreduktion auf eine begrenzte Menge Palmöl zugestanden wird. Wichtiger noch, unsere Kampagne hat der Schweizer Regierung eine klare Botschaft für künftige FHA-Verhandlungen mitgegeben: kein Freihandel um jeden Preis!

Ausblick

► 2019 richten wir den handelspolitischen Fokus auf die FHA-Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Bereits Ende letzten Jahres ist die neu gegründete Mercosur-Koalition, in der Public Eye Mitglied ist, mit einem Positionspapier und den roten Linien für das Freihandelsabkommen an die Öffentlichkeit getreten. Darin fordern wir vorgängige Nachhaltigkeitsanalysen, deren Ergebnisse in die Verhandlungen einfließen müssen. Ausserdem muss das Abkommen ein Nachhaltigkeitskapitel enthalten, das insbesondere die Respektierung der internationalen menschen- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz verbindlich festschreibt, deren Einhaltung unabhängig kontrolliert und bei Verstössen sanktioniert.

► Sollten die zurzeit unterbrochenen Verhandlungen zu einem FHA mit Malaysia wieder aufgenommen werden, wird sich Public Eye zusammen mit der Palmöl-Koalition wiederum dafür einsetzen, dass der schädliche Handel mit Palmöl nicht noch zusätzlich von einer Zollbefreiung profitiert. Und natürlich werden wir den Vertragstext des Abkommens mit Indonesien genau analysieren und die Umsetzung kritisch begleiten.

Investigation Award

Public Eye lancierte im letzten Jahr anlässlich ihres 50. Geburtstags den «Investigation Award» für Recherchen, die in Verbindung mit Praktiken von Schweizer Akteuren in einem Entwicklungs- oder Schwellenland stehen. Eine Jury wählte aus 55 eingegangenen Projekten zwei Recherchen aus, die im letzten Frühling mit einem Crowdfunding finanziert wurden.

Für die erste Recherche «Heisse Luft und schwarzer Rauch» ging die unabhängige Journalistin Marie Maurisse aus Lausanne dem nebulösen Geschäftsmodell der Schweizer Tabakmultis nach. Kaum jemand weiss, dass die Schweiz mehr Zigaretten exportiert als Schokolade. Und dies mit äusserst dehnbaren Qualitätsstandards: Die in Afrika verkauften Zigaretten sind viel giftiger als jene, die für den europäischen Markt produziert werden. Für die zweite Recherche «Wo Schiffe sich zum Sterben verstecken» reiste Gie Goris vom flämischen MO* Magazine nach Indien, um mit der Unterstützung von Nicola Mulinaris von der NGO Shipbreaking Platform herauszufinden, unter welchen Bedingungen Schweizer Reedereien dort ihre ausgedienten Schiffe abwracken lassen.

Die Resultate der beiden Recherchen wurden Mitte Januar 2019 in einem Sondermagazin und online veröf-

fentlicht. Das Jubiläumsjahr wurde mit einer öffentlichen Veranstaltung im KOSMOS in Zürich abgeschlossen, der über 300 Gäste beiwohnten. Zuerst stellten Marie Maurisse, Gie Goris und Nicola Mulinaris ihre Recherchen persönlich vor. Anschliessend folgte eine spannende Podiumsdiskussion unter dem Motto «Zwischen Konkurrenz und Kollaboration». Gie Goris und weitere renommierte Gäste wie der bekannte amerikanische Investigativ-Journalist Mark Lee Hunter diskutierten unter der Leitung von SRF-Moderatorin Nicoletta Cimmino über Journalismus an der Schnittstelle von Medien und NGOs.

► **Recherchen online nachlesen:**

«Heisse Luft und schwarzer Rauch»: stories.publiceye.ch/tabak

«Wo Schiffe sich zum Sterben verstecken»: stories.publiceye.ch/schiffe



the Usual Suspects

STARRING Anina Dalbert, Christian Engeli, Agathe Duparc, David Hachfeld, Maxime Ferréol, Silvie Lang

Was von Rana Plaza übrig blieb

Rana Plaza steht heute nicht einfach nur für einen Gebäudekomplex in einem Vorort von Dhaka, Bangladesch. Es ist ein Synonym für die schlimmste Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie. Im April 2018, anlässlich des fünften Jahrestags der Tragödie, sagten wir «Nie wieder Rana Plaza: Sicherheit geht vor!» und forderten von den Modefirmen Verantwortung ein.

Am 24. April 2013 stürzte in Bangladesch ein neunstöckiges Gebäude zusammen, in dem sich fünf Textilfabriken befanden. 1138 Menschen kamen dabei ums Leben, mehr als 2000 wurden verletzt. In einem offenen Brief, der von mehr als 6000 Personen unterzeichnet wurde, forderten wir im April 2018 von Schweizer Modeunternehmen, das Gebäudesicherheitsabkommen von Bangladesch zu unterzeichnen und dafür zu sorgen, dass sich so ein Unglück nie mehr wiederholt. Zur Erinnerung: Dieses Abkommen, das einige Wochen nach der Tragödie initiiert wurde, ist der erste rechtsverbindliche Text in diesem Bereich. Es wurde von mehr als 200 Firmen – sowie von Gewerkschaften und der Clean Clothes Campaign (CCC) als Beobachterinnen – unterzeichnet.

Gemeinsam mit Freiwilligen übergaben wir einen offenen Brief an die Unternehmen Chicorée, Coop, Mammut, Manor, Migros und Zebra. Doch die Reaktionen der Firmen waren enttäuschend. Einige antworteten gar nicht, die anderen präsentierten wenig überzeugende Ausreden, warum gerade sie es nicht nötig hätten, dem bisher einzigen rechtsverbindlichen Abkommen beizutreten, das die Sicherheit der Textilfabriken in Bangladesch nachweislich verbessert hat.

Keine grossen Fortschritte

Für die Aprilausgabe unseres Magazins haben wir nicht mit Schweizer Firmen, sondern mit unseren Partnern gesprochen, die vor Ort in Bangladesch für die Rechte der Arbeiterinnen eintreten. Wie hat sich die Situation

der Arbeiterinnen in den letzten fünf Jahren verändert? Die Bilanz von Kalpona Akter von der Arbeitsrechtsorganisation *Bangladesh Centre for Worker Solidarity* fällt gemischt aus: «In Bezug auf die Sicherheit hat es tatsächlich grosse Verbesserungen gegeben. Aber wenn wir von Arbeitsrechten sprechen, vom Recht, Gewerkschaften zu bilden und kollektiv zu verhandeln, von den Bedingungen am Arbeitsplatz oder vom Lohn, dann haben wir keine grossen Fortschritte erzielt.»

So tragisch der Einsturz von Rana Plaza 2013 war und so steinig die fünf Jahre danach: Für Gewerkschafterinnen und Aktivisten weltweit ist Rana Plaza ein Auftrag, den Kampf für Arbeitsrechte von Textilarbeiterinnen mit voller Kraft fortzusetzen und die Katastrophe zu einem Wendepunkt für die Modeindustrie zu machen.

Gebäudesicherheitsabkommen unter Beschuss

Wie fragil die erkämpften Fortschritte sein können, spürten wir Ende des Jahres. Das Gebäudesicherheitsabkommen in Bangladesch steht unter Beschuss. Fabrikbesitzer mit mächtigen Verbündeten versuchen, das Abkommen auf juristischem Wege zu Fall zu bringen. Für uns ist klar: Im Jahr 2019 wollen wir nicht nur das Erreichte verteidigen, sondern bewirken, dass es – neben der Gebäude-

sicherheit – auch bei anderen drängenden Problemen vorangeht.

Aktion gegen Roger Federers neuen Sponsor

Kennen Sie Uniqlo? Das japanische Modelabel ist inzwischen das drittgrösste der Welt, doch in Europa ist das Unternehmen im Gegensatz zu Asien bisher kaum bekannt. Ein prominenter Schweizer soll jetzt dafür sorgen, dass sich das ändert. Seit Juli 2018 zielt das rote Uniqlo-Logo das weisse Tennisoutfit von Roger Federer. Der millionenschwere Sponsoring-Deal war für uns Anlass, darauf hinzuweisen, dass 2000 indonesische Arbeiterinnen und Arbeiter seit drei Jahren auf Entschädigungszahlungen warten. Sie hatten für Uniqlo Kleidung genäht und wurden arbeitslos, als ihre Fabrik Jaba Garmino aufgrund abrupt eingestellter Bestellungen in die Insolvenz ging. Mit der Aktion «Hello Roger» haben wir den Tennistar gebeten, dass er sich bei seinem neuen Sponsor für die Bezahlung der ausstehenden Entschädigungen einsetzt.

Im Juni erreichte uns ein Hilferuf einer indischen Gewerkschaft: Arbeiterinnen und Arbeiter, die in einer Fabrik des indischen Textilproduzenten Shahi Export in Bangalore versucht hatten, Gewerkschaftsrechte durchzusetzen, wurden körperlich misshandelt und mit dem



THE
DEVIL
WEARS

FAST
FASHION

STARRING Elisabeth Schenk,
Florian Duss, Sonia Cirillo,
Barbara Wüthrich Breuer, Meret Brandner

Tode bedroht. Im Rahmen einer «Eilaktion» konnte die Clean Clothes Campaign gemeinsam mit Partnerorganisationen erreichen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter entschädigt und die gewalttätigen Manager entlassen wurden.

Immer noch keine Existenzlöhne bei H&M

Vor fünf Jahren stellte H&M Existenzlöhne in seinen bevorzugten Zulieferfabriken in Aussicht. Wir wollten wissen, wie es heute tatsächlich aussieht. Unsere Lohnanalysen und Recherchen in sechs Zulieferfabriken deckten auf, dass in der Realität wenig bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ankommt. Mit Aktionen in Baden, Bern und Luzern forderten wir von H&M im November im Rahmen einer globalen CCC-Aktionswoche, seinem Versprechen bezüglich Existenzlöhnen in grossen Teilen seiner Zulieferfabriken Taten Folgen zu lassen.

Ausblick

- ▶ Die Löhne in der Textilindustrie sind viel zu niedrig. Das räumen auch viele Modeunternehmen ein. Doch warum tut sich dennoch so wenig? Im 2019 stehen Existenzlöhne im Mittelpunkt unserer CCC-Arbeit. Wie können wir für mehr Transparenz bei den Lohnniveaus in der Industrie sorgen, und wie erhöhen wir den Druck auf Firmen, damit die Lohnanteile in ihren globalen Produktionsketten tatsächlich steigen?
- ▶ Auch der Umbruch im Handel wird uns beschäftigen. Herr und Frau Schweizer kaufen mittlerweile mehr Kleider und Schuhe beim Onlinehändler Zalando als bei jedem anderen stationären Modeunternehmen. Wir werden uns anschauen, zu welchen Verschiebungen es im Machtgefüge der Modeindustrie kommt und was dies für die Arbeiterinnen bedeutet, die die Produkte herstellen, Päckchen packen und zustellen.

Gegenvorschlag macht Gegner nervös

2018 hat sich das Parlament intensiv mit der Konzernverantwortungsinitiative befasst. Dabei kam es zu überraschenden Wendungen. Die breite Unterstützung für unsere Initiative brachte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter Zugzwang.

War im vergangenen Jahr bei der Konzernverantwortungsinitiative etwas sicher, dann, dass nichts sicher war. Abgesehen natürlich von der weiter wachsenden Unterstützung für unsere Initiative.

Im Parlament kam es schon zu Beginn des Jahres zu einer überraschenden Kehrtwende. Nachdem die SVP-FDP-Mehrheit in der Rechtskommission des Nationalrats im Dezember 2017 einen Gegenvorschlag versenkt hatte, feierte die Idee eine spektakuläre Wiederauferstehung. Dieselbe Kommission kam zu Beginn des Jahres auf ihren Entscheid zurück und entwickelte bis zum Sommer in vier Sitzungen einen substanzialen indirekten Gegenvorschlag, der trotz Abstrichen die wichtigsten Anliegen der Initiative enthielt und viel rascher in Kraft treten könnte. Deshalb stellte das Initiativkomitee einen Rückzug der Volksinitiative in Aussicht,

falls der Gegenvorschlag unverändert angenommen würde.

Nationalrat beschliesst Gegenvorschlag

Am 14. Juni sorgte der bürgerlich dominierte Nationalrat für die nächste Überraschung, als er diesen Gegenvorschlag sehr klar mit 121 zu 73 Stimmen annahm. SP, Grüne, EVP, GLP, BDP und CVP stimmten ohne Gegenstimme zu, aber auch bei der FDP gab es eine klare Ja-Mehrheit der Fraktion und selbst aus der SVP kamen einige Ja-Stimmen. Die NZZ titelte am Tag darauf «Etappensieg für Volksbegehren: Nationalrat beschliesst einen Gegenvorschlag zur Konzerninitiative».

In der kleinen Kammer führte zuerst die Rechtskommission im August Anhörungen durch. Zusammen mit Dick Marty, dem Co-Präsidenten des Initiativkomitee

tees, konnte Public Eye die Initianten vertreten. Die Kommission behandelte das Thema bis zum Jahresende an mehreren Sitzungen weiter und setzte eine Subkommission ein, die detaillierte Vorschläge machen soll.

Unterstützung für die Initiative wächst

Gegenvorschlag und Abstimmungskampf stehen nicht im Widerspruch. Im Gegenteil, das eine beflügelt das andere. Die Vorbereitung auf die Abstimmung läuft deshalb mit voller Kraft weiter. Und die Koalition hinter der Initiative wird immer grösser, noch einmal 24 Organisationen sind dazugestossen, 111 waren es Ende Jahr. In der Bevölkerung bleibt die Zustimmung unverändert hoch, eine Umfrage im Juli 2018 zeigte, dass drei Viertel der Bevölkerung Ja stimmen würden. Explizit dagegen waren nur zwölf Prozent. Und Unterstützung kommt jetzt auch von der Wirtschaft. Im November gründeten über 90 Unternehmerinnen und Unternehmer ein Komitee für die Konzernverantwortungsinitiative.

Ausblick

- ▶ Und so geht es weiter: Die Rechtskommission des Ständerats entscheidet im ersten Quartal 2019, ob und welchen Gegenvorschlag sie dem Plenum vorlegen will. Der Rat wird dann wohl im März darüber debattieren und entscheiden. Danach kommt noch einmal die grosse Kammer zum Zug. Im Sommer sollte dann endlich Klarheit darüber herrschen, ob das Parlament einen Gegenvorschlag beschlossen hat, der einen Rückzug erlaubt. Ganz egal, wie es in den Räten schlussendlich ausgeht. Indem auf Gesetzesesebene ein konkreter Gegenvorschlag entwickelt wurde, ist es für die Gegnerschaft nicht mehr möglich, glaubwürdig zu behaupten, das Anliegen sei unnötig oder nicht umsetzbar.
- ▶ Scheitert der Gegenvorschlag, beginnt unmittelbar danach die sichtbare Phase des Abstimmungskampfs. So richtig heiss wird es nach den nationalen Wahlen vom 20. Oktober. Aber natürlich laufen die Vorbereitungen wie schon im vergangenen Jahr kontinuierlich weiter. Bereits in 50 Gemeinden sind wir am Aufbau von Lokalkomitees, 2019 werden es noch viel mehr werden. Damit können wir den Millionen der Wirtschaftslobby eine breite und schlagkräftige Mobilisierung entgegensetzen. Der Entscheid wird dann erst 2020 fallen, wahrscheinlich im Februar. Aber eben, so richtig sicher ist nur, dass nichts sicher ist...

In Schulen über Nachhaltigkeit diskutieren

Immer mehr Schulen behandeln das Thema Nachhaltigkeit in seinen vielen Facetten und laden uns ein, mit den Schülerinnen und Schülern zu Kleidern, Handys, Schokolade, Ernährung oder fairem Handel zu arbeiten.

Unsere freiwilligen Schulbesuchenden müssen bei ihren Besuchen unterschiedliche Zielgruppen im Auge behalten. Sie beleuchten ein Thema oftmals spielerisch, beispielsweise, indem sie Schulkinder der Grundstufe Pantomimen machen lassen. Gymnasiasten recherchieren wiederum, welche Rohstoffe in ihren Handys stecken und erhalten Inputs über die Gewinnung und Verarbeitung dieser Rohstoffe.

Im Jahr 2018 haben unsere freiwilligen Schulbesuchenden 35 Besuche in der ganzen Deutschschweiz geleistet. Gemeinsam mit den SchülerInnen denken die Schulbesuchenden über zukunftsweisende Schritte nach. Konkret resultiert das im sogenannten Aktionsteil. Eine Schülergruppe erfand beispielsweise eine Kleidermarke und formulierte dazu Standards. Eine andere Gruppe organisierte in der Schule eine Handysammlung. Ein grosses Dankeschön an unsere Freiwilligen, die mit Kindern und Jugendlichen über gerechtere Globalisierung diskutieren!

In der Deutschschweiz gibt es seit vielen Jahren das Public Eye Schulbesuchsprogramm, bei dem Freiwillige in Schulklassen Nachhaltigkeit zum Thema machen.

THEMEN/ALTERSSTUFE SCHULBESUCHE

Schokolade: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.) und Sek. I

Kleider: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.), Sek. I und untere Sek. II

Handy, Computer, Elektronik: ab Sek. I und untere Sek. II

Fleisch, Ernährung, Hunger: ab Sek. I und untere Sek. II

Fairer Handel: ab Sek. I und untere Sek. II

Interessieren Sie sich als Lehrperson für einen Schulbesuch von Public Eye oder möchten Sie selbst im Team der Schulbesuchenden aktiv werden?

Kontakt: schulbesuch@publiceye.ch oder www.publiceye.ch/schulbesuch



ONCE UPON A TIME AT PARADEPLATZ

STARRING Ursina Mayor, Oliver Classen, Thomas Braunschweig, Silvia Ramseier, Ursula Haller

Freiwilligenarbeit im Jubiläumsjahr

Seit Bestehen der Organisation setzen sich Freiwillige für uns ein. Heute machen neun Regionalgruppen in der Deutsch- und Westschweiz die Anliegen von Public Eye sichtbar.

Freiwillige prägen das Gesicht unserer Organisation wesentlich, und das seit 50 Jahren. An diversen Anlässen sind unsere neun Regionalgruppen – oder kurz Regrus – mit einem Stand oder mit Infomaterial präsent. So leisten die Regrus beispielsweise an Kleidertauschbörsen (Walk-in-Closets) stetige Sensibilisierungsarbeit bezüglich der Clean Clothes Campaign.

Wichtige Unterstützung bei Kampagnen und Aktionen

Je nach Interesse arbeiten die Regrus über längere Zeit am gleichen Thema, oder aber sie unterstützen Public Eye bei aktuellen Kampagnen und Aktionen. So sammelten die Regrus dieses Jahr anlässlich des fünften Jahrestags





© The mess / Publin



© Martin Bichsel



© Sebastian Konrad



© Martin Bichsel



© Eluard / grupas Graf

des Fabrikeinsturzes in Bangladesch Unterschriften für den offenen Brief «Nie wieder Rana Plaza» zuhanden von Schweizer Modefirmen. Weiter wurden in Luzern, Baden und Bern Aktionen unter dem Motto «Turn around H&M» organisiert, bei denen H&M aufgefordert wurde, endlich existenzsichernde Löhne zu bezahlen. Auch für unsere Kampagne «für bezahlbare Medikamente» zeigten sich die Regrus an Festivals oder auf der Strasse und sammelten Unterschriften für die Sammelbeschwerde zuhanden des Bundesrats. Sie trugen massgeblich zu den insgesamt über 33 000 Unterschriften bei.

Mitmachen

Haben Sie Lust, bei Public Eye als Freiwillige/r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Ursina Mayor/Ursula Haller)

Kontakt Suisse Romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Danielle Schoenenberger)

Infos: www.publiceye.ch/regionalgruppen

Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative

Auch die Konzernverantwortungsinitiative – intern Kovi genannt – beschäftigt die Regrus weiterhin. Bis zur Abstimmung (voraussichtlich 2020) organisieren sie weiterhin Infoanlässe, Filmabende oder Standaktionen, um der breiten Öffentlichkeit die Initiative näherzubringen. Dies teilweise mit äusserst kreativen Aktionen wie z. B. dem «Velokonvoi für Kovi».

Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	8	120
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	35	1953
Vorstand	14	1045
Regionalgruppen	210	7142
Total	267	10260



© Mark Henley



© Mark Henley



© Sebastien Gerber



© Regionalgruppe Zürich

Organisation

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen. Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen.

Nach einer Vakanz seit 2017 und dem Weggang von Marion Graber, die sich während zehn Jahren in der Geschäftsleitung für Public Eye engagierte, mussten im Leitungsteam zwei Stellen neu besetzt werden. Im März übernahm Christian Engeli die Leitung der Abteilung Kommunikation & Marketing, im August stiess Alessandra Silauri zum Team. Sie ist für die Abteilung Finanzen & Administration zuständig. Die politische Abteilung wird weiterhin von Christa Luginbühl (Schwerpunkte Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit) und Andreas Missbach (Schwerpunkte Rohstoff – Handel – Finanzen) geleitet.

In den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne arbeiteten per Ende 2018 33 festangestellte Personen (alle in Teilzeit). Hinzu kommen befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 38 und 39).

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der gemeinsam mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet wurde. Die Personalinteressen werden durch eine vierköpfige Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die elf Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (siehe Seite 37). 2018 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab und engagierte sich während 1045 Stunden ehrenamtlich.

Organigramm

(Stand Dezember 2018)

GENERALVERSAMMLUNG

VORSTAND: 11 Mitglieder PRÄSIDENTIN: Pierrette Rohrbach

KOLLEKTIVE GESCHÄFTSLEITUNG

Politische Abteilung

Andreas Missbach
Rohstoffe – Handel – Finanzen
 Christa Luginbühl
Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

Abt. Kommunikation & Marketing

Christian Engeli

Abt. Finanzen & Administration

Alessandra Silauri

13 Mitarbeitende

11 Mitarbeitende

9 Mitarbeitende

Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Tessiner Mitglieder und SpenderInnen betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros.



TRADE PUBLIC EYE SCHLÄGT ZURÜCK WARS

STARRING Urs Rybi, Pascale Zellweger,
Chantal Sierro, Andreas Missbach, Rebekka Köppel

Vorstand

Präsidentin

- ▶ **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Im Vorstand seit 2007, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I, Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbands und Beauftragte der Stadt Zürich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Im Vorstand seit 2015.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Marc Audétat**, Politologe, Forschungsleiter an der Schnittstelle Wissenschaft–Gesellschaft, Universität Lausanne. Im Vorstand seit 2007.
- ▶ **Elisabeth Chappuis**, Rechtsanwältin, Lausanne. Im Vorstand seit 2010.

- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Abteilungsleiterin AOZ, Zürich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Alessia Jemetta**, Pflegefachfrau, Mitglied der Regionalgruppe Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Res Peter**, Pfarrer an der reformierten Kirchgemeinde Zürich-Neumünster, Vizedekan Pfarrkapitel Zürich. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Alfred Sommer**, Master in Public Administration (IDHEAP, LS) selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission.

Team

Stand 31.12.18

FACHABTEILUNGEN (1130 Stellenprozente)

Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

- › **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- › **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Biodiversität (LS)
- › **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- › **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft (ZH)
- › **Alice Kohli**, Recherchen (ZH)
- › **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)*

Rohstoffe – Handel – Finanzen

- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik
- › **Camille Chappuis**, Finanzen und Rohstoffe (LS)*
- › **Anina Dalbert**, Juristin (ZH)
- › **Agathe Duparc**, Recherchen (LS)
- › **Marc Guéniat**, Recherchen (LS)
- › **Andreas Missbach**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Urs Rybi**, Rohstoffe & Corporate Accountability (ZH)

KOMMUNIKATION & MARKETING (890 Stellenprozente)

- › **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- › **Oliver Classen**, Medienverantwortlicher (ZH)
- › **Rebeka Eckstein**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Christian Engeli**, Abteilungsleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- › **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation und Regionalgruppen (LS)
- › **Timo Kollbrunner**, Redaktion und Publikationen (ZH)
- › **Rebeka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Ursina Mayor**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- › **Melanie Nobs**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Raphaël de Riedmatten**, Publikationen und Fundraising (LS)
- › **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- › **Géraldine Viret**, Medienverantwortliche (LS)

FINANZEN & ADMINISTRATION (590 Stellenprozente)

- › **Nicole Aeberhard**, Buchhaltung und Personaladministration (LS)
- › **Sonia Cirillo**, Finanzen und Informatik (ZH)
- › **Baptiste Corthay**, Administration und Informatik (LS)

- ▶ **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (ZH)
- ▶ **Sibylle Müller**, Administration und Mitgliederservice (LS)
- ▶ **Silvia Ramseier**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- ▶ **Sasha Roderer**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- ▶ **Alessandra Silauri**, Abteilungsleitung und Geschäftsleitung (LS)
- ▶ **Barbara Wüthrich Breuer**, Buchhaltung und Personaladministration (ZH)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- ▶ **Florian Duss** und **Pascale Zellweger** (ZH)

AUSTRITTE 2018

- ▶ **Meret Brandner**, Projektfinanzierung (ZH)*
- ▶ **Alexandre Gajardo**, Gesundheitspolitik (LS)*
- ▶ **Marion Graber**, Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Daniela Kistler**, Clean Clothes Campaign (ZH)*
- ▶ **Olivier Longchamp**, Steuern und Finanzen (LS)
- ▶ **Lyssandra Sears**, Juristin (ZH)
- ▶ **Gaëlle Scuille**, Rohstoffe (LS)*
- ▶ **Simon Tondeur**, Administration und Mitgliederservice (ZH)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, die die Organisation im Jahr 2018 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

*Befristete Stellen

Fotokonzept

In diesem Jahr hatte das Team von Public Eye grossen Spass daran, einige Erfolge aus dem Hollywood-Kino nachzustellen, um so die Vielfalt unserer Themen und die Stärke unserer kollektiven Arbeit aufzuzeigen. Wir haben die Gelegenheit genutzt, Klischees der Filmindustrie auf die Schippe zu nehmen und einen neuen Blick auf unsere «usual suspects» zu werfen.

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Timo Kollbrunner und Rebeka Eckstein nicht fotografiert werden.

Generalversammlung 2018

Rund 500 Personen nahmen am 26. Mai 2018 an der Jubiläums-Generalversammlung in Bern teil. Es war ein Treffen der Generationen: Von Gründungsmitgliedern und Erstunterzeichnenden der ursprünglichen «Erklärung von Bern» über engagierte Mitglieder und politische Aktivistinnen aus den letzten fünf Jahrzehnten bis hin zu aktiven Freiwilligen.

Am Nachmittag wurde die eindrückliche Geschichte von Public Eye gewürdigt. Wir blickten zurück auf den entwicklungspolitischen Aufbruch, der 1968 zur «Erklärung von Bern» geführt hatte. Wir verfolgten die thematische Entwicklung über die 50 Jahre – beispielsweise mit Themen wie Fairtrade, Rassismus, Steuergerechtigkeit, Frauenrechte oder Konzernverantwortung. Wir staunten einmal mehr über die Vielzahl von Organisationen, an deren Gründung Public Eye beteiligt war. Wir liessen auch die internen Entwicklungen Revue passieren, wie beispielsweise die Zusammenführung des Deutsch- und des Westschweizer Vereins in eine gesamt nationale Organisation im Jahr 2012 oder die Namensänderung in «Public Eye» 2016. Die GV widmete sich natürlich auch statutarischen Geschäften und wählte unter anderem drei neue Vorstandsmitglieder (siehe Seite 37).

Die Zukunft der Zivilgesellschaft

Die öffentliche Jubiläumsveranstaltung am Abend stand dann im Zeichen der Zukunft: Fünf profilierte Köpfe wagten einen Blick in die Kristallkugel und diskutierten über die zukünftige Rolle der Zivilgesellschaft in unserer globalisierten Wirtschaftswelt. Unter der Moderation von SRF-Rundschau-Moderator Sandro Brotz diskutierten Laura Zimmermann von der Operation Libero, Autor Lukas Bärzfuss, Nationalrat Bastien Girod mit der Gründerin der internationalen Clean Clothes Campaign, Ineke Zeldenrust, und der Berliner Menschenrechtsanwältin Carolijn Terwindt darüber, welche Rolle Organisationen wie Public Eye in Zukunft wahrnehmen sollen, um politische Fehlentwicklungen zu bremsen und reale Veränderungen zu bewirken.



Herzlichen Dank für das Engagement!

Seit 50 Jahren engagieren sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit: Diese Beharrlichkeit und dieses Engagement haben Public Eye zu einer zentralen Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Heute geben uns 25 000 Mitglieder das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Zusammen mit den vielen Spenderinnen und Spendern ermöglichen sie unsere tiefgehenden Recherchen und Kampagnen. Ihre Beharrlichkeit – oder Treue – freut uns besonders: Viele von ihnen unterstützen unsere Arbeit seit Jahren oder Jahrzehnten, im letzten Jahr zum Teil sogar mit einer zusätzlichen Jubiläumsspende.

Unsere Dankbarkeit geht auch an die Personen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt und uns einen Teil ihres Nachlasses anvertraut haben.

Grosszügige Unterstützung erhalten wir auch von Stiftungen, Kirchgemeinden und anderen Organisationen. 2018 haben uns folgende Institutionen substantielle Beiträge zugewendet: Däster-Schild Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO), Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten

Gesamtkirchgemeinde Bern, Stiftung Corymbo, Stiftung GlobalLokal, Stiftung Humanitas und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von neun Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Und geführt wird Public Eye von einem ehrenamtlichen elfköpfigen Vorstand. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2019 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf die grosse Unterstützung von Freiwilligen, Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern sowie Institutionen zählen dürfen.

Jahresrechnung 2018

RECHNUNGSLEGUNG 2018 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Das Jubiläumsjahr war auch aus finanzieller Sicht ein aussergewöhnliches Jahr. Dank der breiten Unterstützung durch unsere Mitglieder und diverse Organisationen konnten wir das Finanzjahr 2018 mit einem positiven Schlussergebnis von fast 165 000 Franken abschliessen.

Im Jahr 2018 belief sich der Gesamtertrag auf knapp 5,8 Millionen Franken und fiel damit 16 % höher aus als im Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Mitgliederbeitrags zurückzuführen, aber auch auf grösse-re Spenden und Legate im Zusammenhang mit diversen Aktionen und Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums. So hat sich der Gesamtertrag aus Grossspenden mehr als verdoppelt und betrug – nicht zuletzt dank einer gross-zügigen Spende von 200 000 Franken – insgesamt 405 000 Franken. Ausserdem erhielten wir Legate in der Höhe von 260 000 Franken. Die Projekterträge beliefen sich auf rund 850 000 Franken und deckten einen Gross-teil des Projektaufwands. Ein Betrag von 50 000 Franken wurde in einem zweckgebunden Fonds zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative belassen.

Der Gesamtaufwand blieb mit einem Anstieg von 2 % gegenüber 2017 stabil. Der Gesamtaufwand für das

Personal nahm zu, was einerseits auf das Dienstalter der Mitarbeitenden und andererseits auf die Vollbesetzung unserer vierköpfigen Geschäftsleitung seit Mitte des letzten Jahres zurückzuführen ist. Der Hauptgrund für den Anstieg des administrativen Aufwands ist der Personalaufwand. Der administrative Aufwand und der Aufwand für Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung erreichten, nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2017, fast wieder das Niveau von 2016. Der Aufwand für Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung beinhaltet auch einen Teil der Kosten für unsere neue Website.

Sehr gutes Jahresergebnis

Das Schlussergebnis, nach Zuweisung von 300 000 Franken an das gebundene Kapital, beträgt 164 987 Franken. Das Organisationskapital von 3,78 Millionen Franken erlaubt uns, unsere Recherchen weiterzuführen, neue Projekte zu lancieren und unsere IT-Infrastruktur zu erneuern.

Bilanz

Aktiven	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%		%
Umlaufvermögen						
Flüssige Mittel	4 057 751	91	3 657 726	91		11
Forderungen	4 773	0	4 964	0		-4
Vorräte	5 693	0	18 523	0		-69
Aktive Rechnungsabgrenzung ¹	304 415	7	184 369	5		65
Total Umlaufvermögen	4 373 631	98	3 865 582	96		13
Anlagevermögen						
Finanzanlagen ²	22 311	0	22 638	1		-1
Mietkaution	42 361	1	40 876	1		4
Sachanlagen	26 173	1	77 335	2		-66
Total Anlagevermögen	90 845	2	140 849	4		-36
Total Aktiven	4 463 476	100	4 006 431	100		11
Passiven						
	CHF	%	CHF	%		Veränderung
Kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten ³	122 585	3	124 372	3		-1
Passive Rechnungsabgrenzung	116 464	2	152 409	4		-24
Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit	389 128	9	349 338	9		11
Total kurzfristiges Fremdkapital	628 177	14	626 119	16		0
Total Fondskapital	50 000	1	60 000	1		-17
Total Fremdkapital und Fondskapital	678 177	15	686 119	17		-1
Organisationskapital						
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	400 000	9	300 000	7		33
Gebundenes Kapital für Personal	980 000	22	980 000	24		0
Gebundenes Kapital für Projekte	1 084 864	24	1 084 864	27		0
Gebundenes Kapital für Legateausgleich ⁴	200 000	4		0		100
Freies Kapital	1 120 435	25	955 449	24		17
Total Organisationskapital	3 785 299	85	3 320 313	83		14
Total Passiven	4 463 476	100	4 006 431	100		11

Betriebsrechnung

Ertrag	2018		2017		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%		%
Spenden	2 913 546	50	2 716 713	55		7
Legate	261 316	5	191 550	4		36
Mitgliederbeiträge	1 700 775	29	1 382 340	28		23
Projektertrag	849 380	15	640 018	13		33
Übriger Ertrag	52 657	1	49 730	1		6
Total Ertrag	5 777 674	100	4 980 351	100		16
Aufwand	2018		2017		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%		%
Projektaufwand						
Personalaufwand	-2 556 004	44	-2 593 040	52		-1
Sachaufwand	-1 117 401	20	-1 177 099	24		-5
Total Projektaufwand	-3 673 405	64	-3 770 139	76		-3
Fundraising- und allg. Werbeaufwand						
Personalaufwand	-308 222	5	-288 443	6		7
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ⁵	-550 454	10	-454 709	9		21
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-858 676	15	-743 152	15		16
Administrativer Aufwand						
Personalaufwand	-542 914	10	-476 334	10		14
Betriebsaufwand ⁶	-235 266	4	-224 334	5		5
Total administrativer Aufwand	-778 180	14	-700 668	14		11
Total Aufwand	-5 310 261	93	-5 213 959	104		2
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	467 413	8	-233 608	-5		-300

	2018		2017		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	%	
Finanzerfolg	-12 426	0	-24 265	-1	-49	
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	0	0	8 476	0	-100	
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	454 987	8	-249 397	-5	-282	
Verwendung zweckgebundene Fonds ⁷	10 000	0	219 130	4	-95	
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	464 987	8	-30 267	-1	-1 636	
Zuweisung/Verwendung Organisationskapital						
Zuweisung in das gebundene Kapital	-300 000	-5	0	0	100	
Zuweisung/Verwendung freies Kapital	-164 987	-3	30 267	1	-645	
	0		0		0	

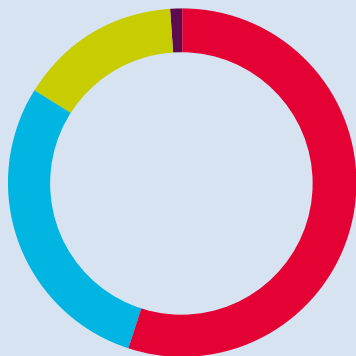
Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- ¹ In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von 272 272 Franken enthalten, die das Jahr 2018 betreffen.
- ² Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von durch uns mitgegründeten Firmen.

- ³ Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- ⁴ Dieses gebundene Kapital dient zur Absicherung der schwankenden Legateinnahmen über einen längeren Zeitraum.
- ⁵ In diesem Aufwand sind ein Teil der Kosten für den Weblaunch enthalten.
- ⁶ Die Erhöhung liegt an höheren Kosten der Generalversammlung, die aufgrund des

- Jubiläumsjahrs in einem grösseren Rahmen als üblich stattfand.
- ⁷ An die zweckgebundenen Fonds wurden 777 177 Franken zugewiesen und 787 177 Franken entnommen, was zu der aufgeführten Nettoentnahme führt.

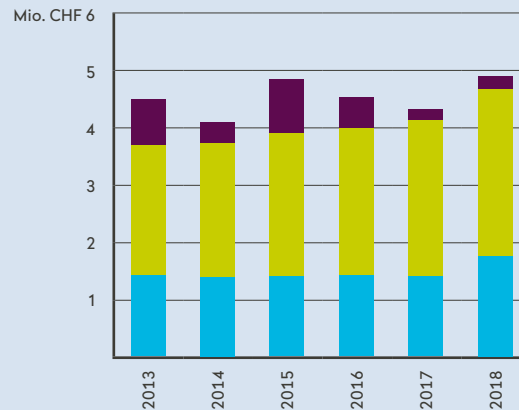
Ertrag



- 55 % Spenden und Legate
- 29 % Mitgliederbeiträge
- 15 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

Public Eye finanziert sich im 2018 zu 84 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammen von Stiftungen, Kirchengemeinden und öffentlichen Institutionen sowie Beiträgen der Fédération genevoise de coopération. Der übrige Ertrag stammt aus Erlösen aus Warenverkäufen und Honoraren.

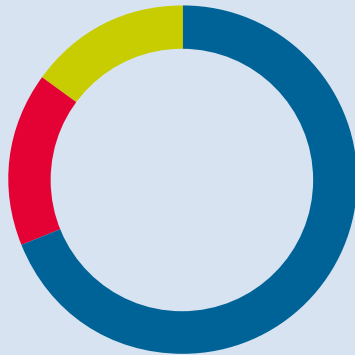
Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Spenden auf. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen sind aufgrund der Beitragserhöhung von 15 Franken deutlich angestiegen. Die Legatseinnahmen unterliegen jeweils Schwankungen. Sie sind im 2018 mit rund 261'316 Franken etwas höher als erwartet.

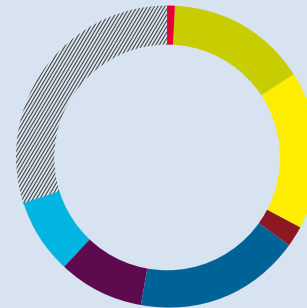
Aufwand



- 69 % Projektaufwand
- 16 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 15 % Administrationsaufwand

69 % (Vorjahr 72 %) des Aufwands (inklusive Personal) fließen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand beträgt 15 % (Vorjahr 14 %) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 16 % (Vorjahr 14 %). Die leichte Erhöhung beim administrativen Aufwand liegt an höheren Kosten der Generalversammlung, die aufgrund des Jubiläumsjahrs in einem grösseren Rahmen stattfand. Die leichte Erhöhung bei der Mitgliederbetreuung und der Mittelbeschaffung ist auf den Webrelaunch und intensivere Bemühungen bei der Mitgliedererziehung zurückzuführen.

Projektaufwand



- 1 % Handel
- 15 % Landwirtschaft
- 17 % Gesundheit
- 2 % Finanzen und Steuern
- 18 % Rohstoffe
- 9 % Soft Commodities
- 8 % Clean Clothes Campaign
- 30 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand (inklusive Personalaufwand) entfallen 17 % auf den Themenbereich Gesundheit, in dem unsere Schwerpunktkampagne im 2018 stattfand, und 18 % auf den Themenbereich Rohstoff, in dem wir über die Fälle Vitol und Petrobras berichteten. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung. Die fachübergreifenden Ausgaben umfassen unsere allgemeine Informationsarbeit sowie unser Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative und den Investigation Award.



Tel. +41 44 444 35 55
Fax +41 44 444 35 35
www.bdo.ch

BDO AG
Schiffbaustrasse 2
8031 Zürich

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstöße nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Zürich, 28. Januar 2019

BDO AG

Peter Stalder

Zugelassener Revisionsexperte

Marco Beffa

Leitender Revisor

Zugelassener Revisionsexperte

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2018. Die komplette Rechnung 2018 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter www.publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.

Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig und enthüllen Korruption, illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, national und international. Public Eye sucht dabei das Ge-



spräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein profundes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nicht-Regierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen.

Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 25 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Diererstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

 facebook.com/publiceye.ch

 @publiceye_ch

 @publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns
Public Eye

 Erklärung von Bern